

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 14. November 1919, Nr. 448.

Margarineabgabe. Vom 16. bis 22. November werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 kg Margarine zum Preise von K 6.12 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 166 und der beiden Abschnitte Nr. 166 für nichtrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher mit lila Mehlbezugskarten erhalten die Fettquote in Schweinefett (12 kg Schweinefett K 7.44) gegen Abtrennung der gleichen Fettkartenabschnitte bei der Verschleißstelle ihrer Konsumentenorganisation.

„Zewiverbe“. Ab Mittwoch, den 19. November, 1/4 kg Mehl, 1/8 kg Linsen, 12 kg Fett. Sonst die laufenden Artikel. Schuhpaste per Dose K 2.40.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Dienstag werden im 12. bis 16. Bezirke ausländische Kartoffeln zum Preise von K 3.40 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „S“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

2. Ausgabe.

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 14. November 1919, Nr. 449.

Die Ausgestaltung des Kraftstellwagenverkehrs. Die Bezirksvertretung Margareten hat beschlossen, beim Gemeinderate wegen Errichtung von Kraftstellwagenlinien im Bezirke vorstellig zu werden. Ueber diese Angelegenheit berichtete in der heutigen Stadtratsitzung StR. Schorsch, der darauf hinwies, dass die städtische Kraftstellwagenunternehmung über eine so geringe Anzahl von Wagen verfügt, dass damit gerade der notwendige Durchquerungsverkehr durch die innere Stadt bestritten werden kann. Erst nach Lieferung der vom Gemeinderate genehmigten Bestellung von 45 Benzilwagen und 30 elektrischen Wagen, die jedoch erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres erfolgen dürfte, wird es möglich sein, weitere neue Autoomnibuslinien insbesondere alle Bahnverbindungen zu eröffnen. Der Stadtrat hat daher von der Einführung des Autoomnibusbetriebes durch Margareten Abstand genommen.

Eine Fahrküchenaktion des Staatsamtes für Volksernährung. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete Bgm. Reumann, dass in der letzten Hausitzung des Staatsamtes für Volksernährung die Mitteilung gemacht wurde, dass von diesem Staatsamte beabsichtigt wird, in Wien während der kalten Jahreszeit eine Fahrküchenaktion durchzuführen. Es sollen zunächst in einzelnen Bezirken, warme Suppe und warmer Kaffee zum Preise von 50 h pro Portion direkt von der Fahrküche an die Bevölkerung abgegeben werden. Da diese Aktion angeblich von Seite der Gemeinde keine Unterstützung finden soll, beauftragte der Staatssekretär mehrere mit der Approvisionnement betraute Offiziere zu dieser Aktion heranzuziehen. Bgm. Reumann bemerkte hierzu, dass die Gemeinde selbstverständlich keine Einwendung dagegen hat und es im Gegenteil sehr begrüßen würde, wenn diese Aktion durchgeführt würde. Die Mitteilung aber, dass die Gemeinde dieser Aktion keine Unterstützung gewähre, kann nicht bestätigt werden, weil das Staatsamt bisher an die Gemeinde Wien noch nicht herangetreten ist.

Die Reichswirtschaftskommission für Volksernährung. Bgm. Reumann berichtete in der heutigen Stadtratsitzung über die geplante Errichtung einer Reichswirtschaftskommission beim Staatsamte für Volksernährung. Diese Körperschaft soll

über Anregung der letzten Länderkonferenz geschaffen werden und die Aufgabe besitzen, den innigen Zusammenhang zwischen den Ländern untereinander und zwischen den Ländern und der Gemeinde Wien in Ernährungsfragen herbeizuführen.

Die Kommission wird lediglich eine beratende Funktion mit Ausschluss jeder Exekutivgewalt besitzen. In dem von Staatsamte für Volksernährung vorgelegten Statute dieser Körperschaft ist vorgesehen, dass die Gemeinde Wien zwei Vertreter zu entsenden hat. Bgm. Reumann beantragte die Zustimmung zu diesem Statute unter der Bedingung zu geben, dass der Gemeinde Wien die Entsendung von drei Mitgliedern gestattet wird. Der Antrag wurde angenommen.

Die Beschädigung von öffentlichen Anlagen. Bgm. Reumann brachte in der heutigen Stadtratsitzung die Zuschrift einer Bezirksvertretung zur Kenntnis, in der darauf verwiesen wird, dass in den öffentlichen Parkanlagen Bäume gefällt werden. Bgm. Reumann erklärte, dass er so weit es möglich ist, die Parkanlagen zur Nachtzeit schliessen lassen werde und dass er die Polizei ersuchen wird, darauf Acht zu haben, dass derartige Verwüstungen des öffentlichen Gutes hintangehalten werde.

Die Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt. In mehreren Sitzungen des Gemeinderates und verschiedener Bezirksvertretungen wurde an dem Bürgermeister das Ersuchen gestellt, die Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt in den II. Bezirk rückgängig zu machen. Auf die diesbezügliche Zuschrift des Bürgermeisters an das Staatsamt für Justiz gelangte heute an Bgm. Reumann folgendes Schreiben dieses Amtes: Mit Beziehung auf die Zuschrift vom 14. Oktober, betreffend die Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen in das Antegebäude Wien II., Schiffamtsgasse 1, beehrt sich das Staatsamt für Justiz folgendes mitzuteilen: Die fortwährende Zunahme der Strafsachen, namentliche das stete Ansteigen der Zahl der Untersuchungshäftlinge hat bei dem Landesgerichte für Strafsachen in Wien eine ausserordentliche Häufung der Geschäfte zur Folge gehabt. Um ein weiteres Anwachsen der zahlreichen Rückstände und der damit verbundenen Verzögerungen in der Abwicklung von Rechtsachen endlich hintanzuhalten, musste an eine Vermehrung der Einzelrichterabteilungen des Landesgerichtes geschritten werden. Dies war jedoch angesichts der beschränkten Raumverhältnisse nur unter der Voraussetzung möglich, dass durch die Verlegung des mit dem Landesgerichte für Strafsachen bisher im gleichen Gebäude untergebrachten Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen Raum geschaffen wurde. Nur mit Rücksicht auf diese, einen Notstand darstellenden und keinen Aufschub in der Abhilfe duldenden Verhältnisse sah sich das Staatsamt für Justiz veranlasst, mit der Verlegung des genannten Bezirksgerichtes ungesäumt vorzugehen. Die Unterbringung des genannten Gerichtes in dem Gebäude des Divisionsgerichtes am Hernalsberggürtel war ausgeschlossen und dürfte auch in Zukunft unmöglich sein, weil dieses Gebäude von Militärjustizbehörden ganz in Anspruch genommen wird. Die Verlegung in ein Gebäude des IX. Bezirkes könnte nur in Erwägung gezogen werden, wenn die Gemeindeverwaltung in der Lage wäre, ein für Gerichtszwecke geeignetes Gebäude in diesem Bezirk unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, da die gegenwärtige Unterbringung des Bezirksgerichtes Josefstadt in Strafsachen in einem staats-eigenem Gebäude für die Justizverwaltung mit keinen weiteren Kosten verbunden ist.

In der heutigen Stadtratsitzung teilte Bgm. Reumann mit, dass er selbstverständlich nicht in der Lage ist, irgendwelche Räume in städtischen Häusern zur Verfügung zu stellen und dass deshalb an eine Verlegung des Bezirksgerichtes Josefstadt in den VIII. oder IX. Bezirk nicht gedacht werden könne.

Die Gehaltsabzüge der provisorischen Lehrpersonen. Schon in den letzten Tagen wurde in den Wiener Blättern die Nachricht verbreitet, dass den provisorischen Wiener Lehrern ein vorschussweise ausgefolgter Betrag in Monatsraten von K 70

von einem Monatsbezüge von ⁴⁰⁰70 K in Abzug gebracht wurde. Dem gegenüber wird festgestellt, dass der Stadtrat schon in seiner Sitzung vom 5. November über Antrag des StR. Speiser beschlossen hat, dass dieser Mehrbezug in Monatsraten von nur 5 K hereingebracht werden soll.

Uebersiedlung. Die Magistrats-Abteilung IV. (Sicherheitspolizei) befindet sich ab 15. ds. im Alten Rathaus, I., Salvatorgasse 7, III. Stiege, III. Stock.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtrat hält am Mittwoch, Donnerstag und Freitag vormittag Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag zu einer Geschäftsitzung zusammen.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung vom 14. November 1919.

Bürgermeister Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Hermine Pulszky, XIII., Gloriettagasse zur Handbeteiligung an Arme des XIII. Bezirkes K 200.--, eine ungenannt sein wollende Dame zur Handbeteiligung an Arme des XIII. Bezirkes nach eigenem Ermessen K 1000.-- und ausserdem noch K 3000.-- für namentlich angeführte gemeinnützige Institutionen, der Wrosskaufmann Gunnar Oeström in Norrköping für drei Wiener Familien, die Kinder haben, denen Hilfe Not tut, 1500 K, Thomas Sindl, Hypotheken- und Realitätenvermittler, XIV., Mariahilferstrasse für die Armen des 14. Bezirkes K 100.--, Dolezal August Johann, Lederhändler XIV., Ullmannstrasse für die Armen des XIV. Bezirkes K 100.--, Kühnauer Konrad, Drechslermeister, XIV., Kauerhofstiege für die Armen des XIV. Bezirkes K 100.-- und Alfred Appelfeld, Uhrmacher, IX., Stroheckgasse für die Armen Wiens K 100.--

Schriftführer GR. Jenschik verliest den Einlauf.

GR. Ernster (Deutschnational) fragt, ob die Wohnungsaufnahmen nicht mit den Volkszählungsarbeiten verbunden werden könnten, da hierdurch bedeutende Kosten erspart würden.

Bgm. Reumann: Wie dem Interpellanten bekannt sein wird, hat die allgemeine Wohnungsaufnahme bereits am 10. ds. begonnen. Eine Verschiebung der Wohnungsaufnahme zwecks gleichzeitiger Durchführung mit der Volkszählung kann mit Rücksicht auf die Wohnungsnot nicht in Erwägung gezogen werden. Uebrigens hätten sich durch die Zusammenlegung der Wohnungsaufnahme- und Volkszählungsarbeiten auch keine bedeutenden Kosten ersparen lassen, weil in dem Zeitpunkte, als in der Nationalversammlung die Durchführung der Wohnungsaufnahme beschlossen wurde, bereits der ganze Apparat zur Durchführung der Wohnungsaufnahme aufgestellt war. Ich habe auch diesbezüglich eine Mitteilung an den Staatskanzler ergehen lassen, in der ich darauf hinwies, dass die Wohnungsaufnahme dringend notwendig ist, und so rasch als möglich durchgeführt werden muss.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) interpelliert wegen der Entsendung von gemeinderätlichen Delegierten in die Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenfürsorge.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde Wien bringt der Fürsorge für die Kriegsgefangenen und Internierten das grösste Interesse entgegen und es wird dem Interpellanten bekannt sein, dass der Gemeinderat wiederholt nachhafte Beträge gewidmet hat. Auch an mich kommen aus den verschiedensten Gefangenlagern Anfragen und Ersuchen um Intervention wegen der Beschleunigung der Rückbeförderung. Mir steht kein anderer Weg offen, als mich bei den kompetenten Stellen zu verwenden und die unglücklichen Opfer des Krieges von dem Resultate meiner Intervention zu benachrichtigen. Es wäre gewiss sehr wünschenswert, wenn die Arbeiten der Fürsorgekommission einen rascheren und günstigeren Verlauf nehmen und die Gemeinde auf diese Arbeiten durch Vertreter einen Einfluss er-

hilt. Ich habe mich auch wiederholt an den Chef der englischen Militärmission und an den Staatskanzler gewendet. Auch den obersten Rat in Paris habe ich angerufen. Seitens England wurde zugesagt, die Kriegsgefangenen in kürzester Zeit heimzusenden.

Zuletzt war die Gemeinde zu Beginn des Jahres zu einer Besprechung ein geladen worden, die bei der damaligen deutschösterreichischen Zentralstelle für Kriegsgefangenenfürsorge stattfand und die Beschaffung auswärtiger Valuta zur Hilfeleistung für unsere Gefangenen in Sibirien zum Gegenstand hatte. Die Gemeinde war damals durch zwei Funktionäre vertreten. Seither ist sie den Beratungen in Fürsorgeangelegenheiten für Kriegsgefangene nicht zugezogen worden. Ich bin gerne bereit der Anregung der Interpellation nachzukommen und werde mich dafür einsetzen, dass in die Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Interniertenfürsorge auch Vertreter der Gemeinde Wien aufgenommen werden.
GR. Erntner (Deutschnational) weist darauf hin, dass eine Transportbewilligung für Brennholz für Wien in letzter Zeit nur dann erteilt wurde, wenn die Hälfte des gelieferten Holzes der Gemeinde zum Preis von 24 h per kg überlassen wurde und fragt wieviel Holz zu dem genannten Preise beschafft wurde, wer dieses Holz bekam und in welche Kassen ein eventueller Differenzbetrag eingezahlt wurde.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde hat bisher zum Preis von 24 h 190 Waggon und 34 Fuhrn Brennholz bezogen. Dieses Holz wurde in der gleichen Weise bewirtschaftet wie das übrige von der Gemeinde Wien bezogene Brennholz; es wurde in erster Linie als Ersatz für den Kichenbrand ausgegeben und dann zur Belieferung der Approvisiorierungsgewerbe verwendet. Ein Differenzbetrag zu Gunsten der Gemeinde ergab sich nicht, denn der Gestehungspreis des bisher bezogenen Brennholzes stellte sich auf 100 K per Raummeter, während das beschlagnahmte Brennholz sich bei Weichholz auf 84 K, bei Hartholz auf 110.40 K stellt und unter Annahme, dass Weichholz und Hartholz in gleichen Mengen eingelangt ist, ein Durchschnittspreis von K 97.20 resultiert, wobei die Spesen nicht berücksichtigt sind. Es kann daher von einem Gewinn der Gemeinde durch die Übernahme des beschlagnahmten Holzes keine Rede sein. Wir machen keine spekulativen Holzkäufe, wir haben mit diesen Dingen niemals Glück gehabt.

GR. Erntner (Deutschnational) fragt, ob der Bürgermeister der Durchführungarbeiten bei der Strassenumbenennung erst in einer Zeit vornehmen lassen wolle, in der die Kosten geringer sind und das Gleichgewicht im Haushalte der Stadt hergestellt sein wird.

Bgm. Reumann: Ein Kostenvoranschlag für die Umbenennung der Strassen und Plätze ist noch nicht fertiggestellt. Es kann aber heute schon festgestellt werden, dass die Ziffer von 3 Millionen Kronen amtlich niemals ermittelt wurde. Bei Annahme von zehnfachen Friedenspreisen würde die Ziffer voraussichtlich kaum 200.000 K betragen, welche Ziffer übrigens zur Zeit der Durchführung sich vielleicht noch vermindern wird. Derzeit kann die Durchführung nur sehr langsam erfolgen, da das alte Material nach Möglichkeit verwendet werden muss und schon die Tafelabnahme nur gesezwweise stattfinden kann.

Ich muss aufrichtig gestehen, dass ein solcher Lärm in den verschiedenen Tagesblättern über diese Umbenennung stattgefunden hat, der mit den tatsächlichen Verhältnissen absolut nicht in Einklang zu bringen ist, aber die Wiener müssen immer über irgend etwas zu reden haben, so ist es auch in dieser ersten Zeit dazu gekommen, dass man eine solche ernste Angelegenheit ausnützt, um so lieber als es eine kleine Hetze gegen die gegenwärtig herrschende, die sozialdemokratische Partei gibt.

GR. Flaschner (Soz.-Dem.) Gegen die Republik!

GR. Feldmann (Nationaldemokrat) interpelliert wegen der Strassenumbenennungen.

BGM. Reumann: Diese Anfrage erledigt sich durch meine auf die Anfrage des GR. Erntner gegebene Antwort.

GR. Feldmann (Nat.-Dem.) weist darauf hin, dass bei städtischen Aemtern vorsprechende Parteien vielfach in den kalten Gängen warten müssen und betont, dass dies im Wohnungsamt in der Schmiedgasse besonders zutreffe. Eine Abhilfe könnte durch Belegen der Steinflüssen mit Brettern oder anderem Material geschaffen werden und er fragt, ob der Bürgermeister diesem Uebelstand abhelfen wolle.

BGM. Reumann: Der in der Anfrage bezeichnete Uebelstand ist mit nicht bekannt, da mir eine Klage hierüber niemals zu Ohren gekommen ist. Es kann sich nur um ganz einzelne Fälle handeln. Eine Abhilfe ist unter den gegenwärtigen wohl schwer zu treffen, daves an Material zum Belegen der Steinböden mangelt. Was speziell den Wohnungsnachweis in der Schmiedgasse betrifft, so hat auch dieses Amt einen entsprechenden Warteraum, der im allgemeinen vollkommen hinreichend. Nur bei starkem Parteienandrang ereignet es sich, dass ein Teil der Parteien auf dem Gange warten muss, was jedoch für die einzelne Person niemals länger als 25 Minuten dauert. Ich werde übrigens die Angelegenheit noch überprüfen und nach dem Ergebnisse veranlassen, was in diesem Falle zu veranlassen möglich ist.

GR. Feldmann (Nationaldemokrat) weist auf die Zeitungsnachrichten von einer neuerlichen Erhöhung der Tarife der städtischen Unternehmungen hin, die in der Bevölkerung eine tiefe Erregung hervorgerufen haben und fragt, ob und in welcher Form der Bürgermeister gewillt ist, der Bevölkerung die Garantie zu bieten, dass ihr nicht neuerdings durch die Gemeinde die notwendigsten Daseinsbedingungen erschwert werden.

Bürgermeister Reumann: Es ist mir nicht eingefallen, hilflose Beschwichtigungsversuche, wie der Herr Gemeinderat Feldmann in seiner Anfrage sagt, zu machen. Die Regelung der Tarife wird in Gemeinderate zur Sprache kommen, und Herr Gemeinderat Feldmann hat dann Gelegenheit seine Einwendungen vorzubringen.

GR. Schmid (Sozialdemokrat) interpelliert wegen der von der „Wiener Grossküche“ entgegengenommenen Anmeldungen zum Bezuge von Frühstück, Mittag- und Abendmahl um 3.80 K und fragt, ob der Bürgermeister in Sachen dieser neuen Genossenschaft eine Untersuchung über den Wert oder Unwert dieses Unternehmens einzuleiten oder andere Behörden dazu zu veranlassen und der Öffentlichkeit das Ergebnis dieser Untersuchung mitzuteilen.

BGM. Reumann: Die Gemeinde Wien hat sich gegenüber dem Ansuchen der ehemaligen Gräfin Colloredo, ihr eine oder mehrere der offenen Küchen der Gemeinde Wien zum Betriebe übergeben, vom Anfang an ablehnend verhalten; dergleichen würde das Ansuchen der „Hegea G.m.b.H.“, also eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens um Überlassung sämtlicher offenen Kriegsküchen der Gemeinde vom Stadtrate abweislich beschlossen, da in beiden Fällen über das Vorhandensein des Betriebskapitals und der benötigten Lebensmittel kein Nachweis erbracht werden konnte. Auch die in der Anfrage erwähnte Grossküche verfügt heute noch über keine behördlich genehmigte Küche. Mit Rücksicht auf die obwaltenden Verhältnisse hat das Ernährungsamt die Polizeidirektion auf dieses Unternehmen bereits aufmerksam gemacht.

GR. Schneider (Soz.-Dem.) sagt in einer Anfrage: Bei der Magistratsabteilung XVI, Anskunft für Zivil-Ehesachen, herrschen geradezu unglaubliche Zustände, die, was unnütze Zeitvergeudung anlangt, einzig dastehen. Parteien, welche Auskünfte wünschen, müssen 4 bis 5 mal hingehen, um zu erfahren, welche Dokumente sie benötigen. Mängel bei solchen werden nicht erst einmal beanständet, sondern es kommt vor, dass Personen einigemale hingehen müssen, um zum Ziele zu gelangen. Ist der Herr Bürgermeister gewillt, zu veranlassen, dass bei der Mag.-Abt. XVI leicht verständliche Informationsblätter zur Verteilung gelangen, aus welchen klipp und klar

hervorgeht, welche Dokumente und Stempelarten nötig sind, um eine geplante Trauung zur Anzeige zu bringen?

Bürgermeister Reumann: Der Herr Anfragende kann versichert sein, dass die erhobene Beschwerde Gegenstand eingehender Erhebung sein wird. Es muss das Entsprechende veranlasst werden, damit die berührten Uebelstände beseitigt werden. Ich habe heute bereits Anlass genommen, mit dem Referenten Rücksprache zu nehmen, dass die Parteien belehrt werden, welche Dokumente notwendig sind, um eine Zivilhehe einzugehen.

GR. Kurz (Soz.-Dem.) weist darauf hin, dass sich die Union der Bergarbeiter in Kärnten bereit erklärt hat, der Gemeinde Wien für Schulen ein grösseres Quantum von der für die Allgemeinheit in Sonntagsgeschichten geförderten Kohle zu überlassen. Er fragt, ob sie der Bürgermeister mit dem Staatsamt für Handel und Gewerbe in Verbindung setzen wolle, damit das Kohleninspektorat in Graz den Auftrag erhält, dem Kärntner Kohlenrevier die entsprechende Anzahl von Waggons zur Beförderung der Kohle zur Verfügung zu stellen.

Bgm. Reumann: Ich bin über die Erklärung der Kärntner Arbeiter sehr erfreut, mir ist aber über die Sache bisher nichts bekannt. Der Magistrat wird sich in dieser Angelegenheit mit dem Staatsamte sofort in Verbindung setzen.

GR. Klimek (Tscheche) fragt über der Bürgermeister geneigt ist, die untergeordneten Amtsgewalten anzuweisen, sich den Angehörigen der tschechischen Nation gegenüber unparteiisch zu benehmen.

Bgm. Reumann: Die Anfrage wurde erst um 3 Uhr 15 Minuten überreicht. Ich die in der Anfrage berührte Angelegenheit erheben lassen.

GR. Klimek (Tscheche) interpelliert wegen vorgekommener Gesetzeswidrigkeiten beim Verkaufe von Heilmaterial in Favoriten.

Bgm. Reumann: Auch diese Anfrage wurde erst um 3 Uhr 15 Minuten überreicht, weshalb ich mich im Gegenstande nicht informieren konnte. Ich ersuche den Interpellanten, seine Anfragen früher einzubringen, da ich doch nicht über alle Vorgänge in Wien informiert sein kann.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling legt den Rechenschaftsbericht der Zentralsparkasse für das Jahr 1918 vor und führt aus, dass der Einlagenstand infolge des immer höheren Banknotenumlaufes im Berichtsjahre ebenfalls eine ständige Zunahme zu verzeichnen hatte. Die Zentralsparkasse könnte aber diese Gelder nicht zur Gänze verwerten, sondern musste grössere Mittel ständig flüssig halten. Wie wichtig dies war, zeigt den Umsturztag den vom 21. Oktober bis 8. November 1918 wurden nicht weniger als 24 Millionen Kronen gehoben und auch anstandslos ausbezahlt. Dieser Umstand hat zweifellos dazu beigetragen, dass sehr bald wieder eine Beruhigung der Einleger wieder eintrat, denn in kurzer Zeit flossen die Einlagen wieder zurück. Im heurigen Jahre haben sie allerdings infolge der bekannten Verhältnisse wieder abgenommen. Nach einer Besprechung der einzelnen Posten des Abschlusses wird dieser genehmigt.

VB. Emmerling berichtet sodann über die Gewährung einer Subvention für das Museum für Österreichische Volkskunde in der Form, dass dem Vereine der jährliche Mietzins für die Benützung des Schönbornpalais von 10.000 K nachgelassen und eine Barsubvention von 10.000 K unter der Voraussetzung erfolgt, dass auch seitens des Staates eine Subvention bewilligt wird und die Sammlungen der Bevölkerung kostenlos zugänglich gemacht werden. Die Sammlungen umfassen 40.000 Stück im Werte von 5 Millionen Kronen. Es ist dies eines jener Museen, welches die Wiener am wenigsten kennen. Ähnliche Museen gibt es nur noch in Zürich und Stockholm, die aber beide im Umfange der Sammlungen nicht an unser Museum heranreichen. Während früher für das Museum vielfach grössere Spenden eingingen, sind diese jetzt fast völlig ausgeblieben. Die Spenden seien eben nicht mehr mit irgendwelchen Auszeichnungen verbunden. Der Referentenantrag wurde ohne Debatte genehmigt.

VB. Winter berichtet über die Bewilligung einer Subvention für die Lehrersportvereinigung zur Errichtung und Ausgestaltung ihrer Spiel- und Sportanlagen im XVII. Bezirk. Das Staatsamt für soziale Fürsorge hat seinerzeit 300.000 K zur Verfügung gestellt, damit Sport- und Spielplätze errichtet werden können. Von diesem Betrage sollen nun 50.000 K dem genannten Zwecke zugeführt werden.

GR. Peter Schön (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass sich neben dem Platze, der für die Lehrersportvereinigung ausgestellt werden soll, noch weitere freie Plätze befinden. Von den Arbeitersportvereinen wird nun der Wunsch gestellt auch diese Plätze für Sport- und Spielplätze herzurichten. Redner meint, dass man bei den Verhandlungen mit den Lehrersportvereinen auch darüber sprechen könne und begrüsst es, dass für die Kinder des XVII. Bezirkes Spielplätze geschaffen werden sollen. Er wünscht auch einen weiteren Ausbau der übrigen Sportplätze.

VB. Winter meint, dass die Anregungen des GR. Schön in einer Linie mit jenen liegen, die durchgeführt werden sollen. Es ist selbstverständlich, dass

Besprechung der Obmänner der Gemeinderatsparteien. Dienstag nachmittags findet beim Bgm. Roumann eine Besprechung der Obmänner der Gemeinderatsparteien über die Lage der städtischen Unternehmungen statt.

die Sportplätze auch den weniger starken Organisationen und besonders der Schuljugend überlassen werden sollen. Allerdings müssten günstigere Verhältnisse abgewartet werden, bis Erdbewegungen nicht gleich Millionen kosten. Die Referentenanträge werden angenommen.

VB. Winter referiert über die Ausgestaltung der Kinderspielplätze im Garten des ehemaligen Zivilmädchenpensionates in der Josefstädterstrasse. Hiefür sollen 38.000 K bewilligt werden. Er weist darauf hin, dass an derselben Stelle wo die Spielplätze errichtet werden, die Pfeilgasse hätte durchgeführt werden sollen, das es aber doch notwendiger sei, für die Jugend etwas zu schaffen, als einigen Leuten eine Bequemlichkeit zu bieten.

GR. Grübner (Soz. Dem.) weist darauf hin, dass dieser Park erst jetzt entdeckt worden sei, dass sich aber die Kinderzahl, sowohl der sozialdemokratischen als auch der christlichsozialen Organisationen schon in kurzer Zeit bedeutend erhöht habe. Die christlichsozialen Vereinigungen seien ebenfalls im Zivilmädchenpensionate untergebracht worden, ohne dass die christlichsozialen dazu besonderes beigetragen hätten. In dem Gebäude mussten allerdings der Turnsaal, die ehemalige Kapelle und vier Räume den Invaliden überlassen werden. Redner betont, dass man daran denken müsse diese Räume wieder in den Dienst der Jugend zu stellen. Er wünscht auch, dass die Arbeiten für die Errichtung des Gartens sofort in Angriff genommen werden, damit der Garten noch heuer seiner Bestimmung für die Kinder übergeben werden kann. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

VB. Winter betont, dass auf die Invalidenentschädigungskommission eingewirkt wird, damit sie ihre Arbeiten beschleunige, um die Räume wieder für die Kinder zur Verfügung zu haben. Auch sollen alle Arbeiten, die notwendig sind, mit aller Beschleunigung durchgeführt werden. Redner könne es auch nicht unterlassen, ein Wort der Anerkennung für die Jugendfürsorgeorganisationen, besonders für die sozialdemokratischen, zu sprechen, die bei den Verhandlungen und Arbeiten ein besonderes Zutun gekommen gezeigt haben. Die Referenten-

wurden angenommen.

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

StR. Kokrá (Soz. Dem.) berichtet über die Verkaufserung des Säckevorrates der aufgelösten Stelle VI des Bezirkswirtschaftsamtes.

GR. Dr. Pollak (jüd.-national) beantragt mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen eingetretene sprunghafte Erhöhung der Säckepreise den Antrag an den Stadtrat zurückzuweisen und ein Komitee von Fachleuten für die Durchführung dieser Angelegenheit einzusetzen.

Der Referent stimmt, um allen Bedenken vorzubeugen, der Rückverweisung des Antrages an den Stadtrat unter Einsetzung eines Komitees zu.

Bei der Abstimmung wird die Rückverweisung an den Stadtrat zum Beschluss erhoben.

StR. Linder berichtet über den Verkauf von Stoffabfällen und Hadern aus der Lagerabteilung des Wirtschaftsamt der Stadt Wien in einem Gesamtgewichte von zirka 42.000 kg und zwar die alten Monturen zum Preise von 525 K pro 100 kg die Sackfetzen zum Preise von 82 K pro 100 kg, die Leinenabfälle um 750 K pro 100 kg und das Handzeug um 320 K pro 100 K.

GR. Dr. Pollak (jüd.-nat.) beantragt in diesem Falle die Rückverweisung an den Stadtrat, da nach seinen Informationen für Tuchabfälle besonders in Böhmen bedeutende höhere Preise in tschecho-slowakischen Kronen bezahlt werden, als die von der Gemeinde Wien geforderten. Die Gemeinde Wien könnte es auch erreichen, dass diese Tuchabfälle für die Gemeinde Wien gerissen werden, könnte ferner durchsetzen, dass man von der Textil-Industrie Baumwollgarne bekommt, und würde es ermöglichen, ein bestimmtes Quantum Tuch zu verhältnismässig billigen Preisen selbst zu erzeugen.

Der Referent spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus. Der Referentenantrag wird schliesslich angenommen.

GR. Siegel (Soz.-Dem.) beantragt, der Bodenkreditanstalt anlässlich des Neubaus in der Löwelstrasse städtischen Grund im Ausmasse von 7'58 m² um den Betrag von 12128 K zur Anlage einer Stiege zu verkaufen. (Angenommen).

GR. Breitner (Soz.-Dem.) berichtet über die Gründung einer Gesellschaft m. b. H. zur Durchführung der Volksauspeisung in Wien und führt aus: Es ist Ihnen bekannt, dass die Gemeinde mit den Herren, welche die amerikanische Kinderauspeisung besorgen in Fühlung getreten ist, anlässlich der bevorstehenden schweren Wintermonate eine Vereinbarung dahin zu treffen, dass diese Herren auch die Auspeisung der Erwachsenen übernehmen. Die Gründe hiefür waren nicht die Unmöglichkeit des Problems eine grosse Auspeisung organisatorisch zu bewältigen, sondern in der Erkenntnis gelegen, dass der Beschaffung von Lebensmitteln von auswärts durch die Gemeinde Wien nicht überwunden werden können, dass es aber vielleicht möglich ist, durch Persönlichkeiten, welche namentlich in den Nationalstaaten einen grösseren Einfluss haben, als wir, dies zu erreichen. Die Herren Dr. Geist und Stonborough, die an der Spitze der Kinderauspeisung stehen, haben sich dazu bereit erklärt, und es wird auch bereits in einer Anzahl von Küchen die Auspeisung nach dem System des Prof. Pirquet durchgeführt. Um nun dem Unternehmen eine feste Form zu geben, liegen Ihnen die bereits bekannten Anträge auf Gründung dieser Gesellschaft vor.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge ohne Debatte genehmigt.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) betont, dass bei der Uebernahme der Lungenheilstätte Steinklamm ein grosser Mangel an Wäsche und Leinenwaren festgestellt worden ist, dass sich aber Gelegenheit ergeben hat, aus der Sachdemobilisierung Wäsche im Gesamtbetrage von rund 77.000 K anzukaufen. Er beantragt, diesen Betrag zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

Nach einem Antrage des GR. Dr. Grün wird die Uebernahme der ^{für} im Lupusheime verpflegten nach Wien zuständigen Personen mit dem Betrag von K 2.65 bewilligt.

Vize-Bgm. Winter referiert über die Bewilligung von Mehrkosten für die

Umgestaltung des Schlosses Koulengbach. Er bemerkt, dass durch die Erwerbung dieses Schlosses ein freies Kapital Eigentum der Gemeinde Wien geworden sei, dass dieses Schloss auch eines jener Erbstücke sei, die von der seinerzeitigen Majorität übernommen werden mussten. Es haben sich noch verschiedene Arbeiten und Umgestaltungen notwendig erwiesen, die ein Mehrerfordernis von rund 297.000 K erfordern. Dieser Betrag wurde bewilligt.

Vize-Bgm. Winter berichtet über die Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zur Ueberprüfung der Subventionsansuchen. In dem vom Komitee vorgelegten Berichte werden 2 Gruppen unterschieden, denen Subventionen zugewendet werden sollen, und zwar die Fürsorgegruppe (Jugend-, Kranken- und Altersversorgungseinrichtungen) und die Vereinigungen und Einrichtungen die den Bildungsbestrebungen, den wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen dienen. Das Komitee hat auch Bestimmungen betreffend die Zu-

wendungen von Subventionen getroffen, z. B. Selbsthilfzuschlag, Duldsamkeitszuschlag und den Zuschlag für eine gut geführte Verwaltung. Redner betont, dass sich mit der Zeit, wenn die Vorschläge des Komitees eingehalten werden, ein Ueberschuss an Subventionsgeldern sich ergeben wird, die alle in einer grossen Quelle, in den Stadtbeiträgen beisammen sein werden, aus denen namhafte Beträge gegeben werden, wodurch alles Unrecht gutgemacht werden wird. Der Referent beantragt, die Richtlinien des Komitees zur Kenntnis zu nehmen. Dem Antrage wird zugestimmt.

GR. Dr. Scheu berichtet über die Bestellung eines Baurechtes der allgemeinen Lastenaustotransportgesellschaft m. b. H. „ALAG“ an Bürgerspitalfondsründen im V. Bezirke zwischen der Arbeitergasse und der verlängerten Brandmayergasse unter Auflassung der Josef-Schwarz-Gasse, welche nur eine kurze Quergasse darstellt. Der Referent betont, dass die Gesellschaft ursprünglich diese Gründe käuflich erwerben wollte, dass sich die Gemeinde aber zu einem Verkaufe nicht entschliessen konnte. Die Referentenanträge werden genehmigt.

GR. Speiser (Soz. Dem.) berichtet über die Gebührenregelung von kaufmännischen Beamten der städtischen Gaswerke, über die Regelung des Dienstverhältnisses des städtischen Forstpersonales und die Einreihung der Feuerwehr-Unterbeamten. Auch dessen Anträge werden ohne Debatte genehmigt.

GR. Kokrá (Soz. Dem.) beantragt den Ankauf von Textilwaren von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, ferner von der Bekleidungsstelle des Staatsamtes für Inneres und Unterricht im Gesamtbetrage von 550.550 K durch das städtische Jugendamt zur Verwendung als Sachbeihilfen.

GR. Fleischner (Soz. Dem.) gibt der Meinung Ausdruck, dass es gut wäre und im Interesse der Bevölkerung, wenn man diese Waren nicht nur dem Jugendamt überliesse, sondern der Bevölkerung deren Kinder nicht in Anstalten des Jugendamtes untergebracht sind, auch einen Teil der Sache zukommen liesse, und stellt den Antrag, dass aus dem Kreise der Gemeinderätinnen ein Komitee gebildet werde, das über die Frage der Konfektionierung zu beraten und dem Stadtrate Bericht zu erstatten hätte. Ferner beantragt dieselbe Rednerin die Verteilung der Sachen selbst mögen durch die Armeninstitute im Vereine mit den Frauenhilfskomitees erfolgen.

Der Referent spricht sich in seinem Schlussworte gegen die allgemeine Verteilung in den einzelnen Bezirken aus, hat aber bezüglich der Einsetzung eines Komitees hinsichtlich der Verwertung der Textilwaren nichts einzuwenden. Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen, ebenso der Antrag der GR. Fleischner bezüglich Bildung eines Komitees. Ihren zweiten Antrag zieht dieselbe im Hinblick auf die Ausführungen des Referenten zurück.

Nach einem Antrage des GR. Kokrda (Soz.-Dem.) werden zur Durchführung der Verteilung der von Chefredakteur Guomberger in St. Gallen für die Jugend Wiens zur Verfügung gestellten 7 Waggons Obst die Frachtspesen im Höchstbetrage von 50.000 K genehmigt.

GR. Kokrda bringt den Rechenschaftsbericht und die Bilanz des Kreditvereines der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1918 zur Kenntnis.

GR. Feldmann (National-Dem.) wünscht, dass das Höchstausmass der Kredite, die dieser Verein gewährt, von 50.000 auf 100.000 oder 120.000 K erhöht wird.

Br. Kokrda (Soz.-Dem.) bemerkt, dass eine solche Erhöhung auf 100.000 K bereits durchgeführt ist. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

GRin Amalie Seidel (Soz.-Dem.) berichtet über die Erwerbung von Wäsche für die Heil- und Pflegeanstalten der Stadt Wien. Es sind mehr als 100.000 m Stoff um den Gesamtbetrag von rund 1.2 Millionen Kronen von der Hauptstelle für Volksernährung angekauft worden.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.) begrüsst den Wäscheankauf für die Humanitätsanstalten und weist darauf hin, dass ein grosser Mangel an Kleidern und Schuhen und Wäsche festgestellt wurde. Es sei nichts während des Krieges angeschafft worden, wenn dies auch möglich gewesen ist. Er wünscht, dass auch das Bürgerversorgungshaus im 9. Bezirk bei der Verteilung nicht übersehen werden möge, und glaubt, dass es angezeigt wäre, bei der Verteilung eine gemeinderätliche Kommission unter Beiziehung der Pflinglerärzte vornehmen zu lassen.

Die Referentin bemerkt, dass die jetzige Verwaltung in den Zuständen an den Humanitätsanstalten nicht schuld sei, sondern dass sie die Humanitätsanstalten so übernehmen habe. Es wäre wünschenswert, dass eine Zentralstelle geschaffen würde, die Auskunft darüber geben könnte, was an Wäsche und Kleidung vorhanden ist und was fehlt. Der Antrag der Referentin wurde angenommen.

Nach einem Antrage der Grin Amalie Seidel (Soz.-Dem.) wird das Kochpauschale in den städtischen Koch- und Haushaltungskursen für das Schuljahr 1919/1920 pro Tag und Schülerin mit 80 Heller festgesetzt.

GR. Schorsch (Soz.-Dem.) beantragt für den Ausbau der Schlepplisanlage der Ueberlandszentrale Ebenfurth im Betrage von 320.000 K zu genehmigen. Der Antrag wird angenommen.

GR. Linder (Soz.-Dem.) berichtet über die Gründung einer Musterlagermesse in Wien und stellt den Antrag: Die Gemeinde begrüsst die Bestrebungen zur Errichtung einer Messe in Wien und erklärt sich gerne zur Entkräftigen Mitwirkung in der Erreichung ihres Zieles bereit. Sie legt daher Wert darauf, den zu bildenden Messeausschusse mit 3 Vertretern anzugehören. Im Interesse der Zusammenfassung aller Kräfte scheint es weiters gelegen, daß sich unter dem aus den Fachleuten zu wählenden Vertretern auch Vertreter des Aktionskomitees zur Veranstaltung einer Wiener Messe, welches im VII. Bezirke Hermannsgasse 2 seinen Sitz hat, befinden. Im übrigen wird dem Entwurfe der Vollzugsanweisung zur Errichtung eines Messeamtes zugestimmt.

GR. Plaschkes (Jüd.Nat.) Der vorliegende Plan gibt uns keinen Fingerzeig wie sich die Gemeinde Wien die Veranstaltung einer Messe vorstellt. Ich sehe nur das Allheilmittel zu allen Aemtern, die uns schon zu Grunde gerichtet haben noch ein weiteres Amt zu gründen. Wir wollen uns über die Wege unterhalten, die bei einer solchen Mustermesse seitens der Gemeinde gegangen werden sollen. Wir müssen uns fragen: Werden wir dauernd an der Zentralenwirtschaft festhalten, oder wollen wir endlich zum freien Handel kommen? Nur der freie Handel kann eine Messe ertragsfähig und zu dem machen was es sein soll. Nur eine riesige Zahl von Besuchern gibt der Messe die Möglichkeit ihre Ziele und Zwecke zu erfüllen und da möchte ich fragen, ob Sie in diesem Sinne alles für sie vorgekehrt haben. Ist es dann nicht zu verwundern, daß überhaupt noch Leute zu uns kommen? Ist es nicht wunderbar, daß noch Leute herkommen, die ihre holländischen Gulden in österreichische Kronen verwandeln, wenn man sich acht Tage vorher eine Einreise und Aufenthaltsbewilligung verschaffen mag? Unter solchen Auspizien wollen Sie eine Messe veranstalten? Durch die „Abreisendmachung“ des Herrn Landeshauptmannes hat er weder sich selbst, noch Ihnen einen Gefallen erwiesen. Dadurch hat er das Schlagwort in die Mägen gebracht und den Judenhass heaufbeschworen. Unter dem Gesichtspunkte der Judenausweisungen machen reaktionäre Elemente Versammlungen und es heisst: „Hoch die Hohenzollern!“ Man hat uns damit beruhigt, daß es nur abgesehen ist auf die Valutaschieber, die Rennschlieferln und Turfhyänen. Und ich sage Ihnen gerade die arbeitende Bevölkerung und die Handelsangestellten werden ausgewiesen. Die Valutaschieber, die Rennschlieferln, die wissen wie man es macht, die lassen den Dollar rollen und damit kann man alles richten. (Zwischenruf: Kann man das?) Friggan Sie nur den Herrn Staatssekretäre des Innern!

GR. Thonner (Soz. Dem.): Nicht nur Gewerbe oder Industrie haben ein Interesse an der Schaffung der Wiener Messe, sondern auch die Arbeiterschaft des Kunstgewerbes, der Luxus- und Veredelungsindustrie hat ein eminentes Interesse daran, denn das Wiener Kunstgewerbe ist in der Zukunft darauf angewiesen seine Produkte nicht nur im Inlande abzusetzen. Die Erzeugnisse der heimischen Druckindustrie und des Galanteriegewerbes z. B. wurden auch schon früher im Auslande sehr gut verkauft, wenn sie auch draussen nicht immer als österreichische Produkte auftraten. Nicht minder notwendig ist, daß auch die Modeindustrie sich an der Wiener Messe hervorragend beteiligt, denn viele französische Modelle sind in Frieden überhaupt in Wien erzeugt worden oder höchstens von Wiener Arbeitern in Paris geschaffen worden. Mit dieser Industrie wird aber auch die Textilindustrie in Oesterreich wieder aufleben können. Es muß wieder die Brücke zwischen Deutschösterreich und dem Orient hergestellt werden und diese Brücke soll die Wiener Messe sein. Die Vertreter aus dem nahen und fernem Osten müssen hier ihre Einkäufe besorgen können und auch daran hat die Wiener Arbeiterschaft das grösste Interesse. Der Plan die Messe in Wien zu veranstalten, stellt aber nicht bloss ein Organisationsproblem dar, sondern ist vielmehr noch ein Verkehrsproblem, denn es hat keinen Zweck in Wien eine Messe zu veranstalten, wenn die Reisenden nicht nach Wien kommen können. Hand in Hand damit muss aber auch eine Verbesserung unseres Wohnungs- und Hotelswesens gehen.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) sagt, daß es eigentlich verwunderlich erscheinen müsse, wenn man jetzt in der Stadt des allgemeinen Ausverkaufs eine Warenmusterausstellung veranstalten wolle. Aber schliesslich werden auch wieder die Zeiten kommen, wo sich die Dinge von Grund auf ändern und aus diesem Grunde würde es schon genügen, wenn die erste Wiener Messe bloss einen grossen Propagandistischen Erfolg erzielen würde. Es gehe nicht an, Wien immer nur als die sterbende Stadt hinzustellen, sondern wir müssen der Welt wieder zeigen, daß wir wieder arbeiten können, sehr geschmackvoll und sehr gut arbeiten. Redner beantragt, der Gemeinderat wolle in aller kürzester Zeit ein Preisanschreiben für ein gutes Wiener Plakat veranstalten.

Der Referent betont in seinem Schlußworte, daß in der Debatte ja die Uebereinstimmung mit der Vorlage zu Tage getreten sei. Er schliesst sich dem Antrage des GR. Dr. Schwarz-Hiller an.

Bei der Abstimmung konstatiert Bgm. Reumann, welcher mittlerweile wieder den Vorsitz übernommen hat, die einstimmige Annahme der Vorlagen.

StR. Waigl berichtet noch über die Errichtung eines Streckendepot der städtischen Strassenbahnen im XXI. Bezirke und die Errichtung eines Holzlagerplatzes der Strassenbahnen im XIII. Bezirke. (Angenommen.)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

+ + +

In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurde die Ehrenpension für den Schriftsteller Ingenieur Josef Popper-Lynkäs im Betrage von 6-000 K jährlich zum Beschlusse erhoben.

GR. Eldersch: Ich weiss nur das, was Sie mir hier erzählen. (Heiterkeit).

GR. Plaschkes (~~xxxxxx~~ jüd.-nat.) Die Frage der Fremdenausweisung wird bei den Alliierten den schlechtesten Eindruck machen. Die Vorlage die solche begrüsse ich.

GR. Julius Müller (Soz.-Dem.) Wer einmal die Geschichte der Rückständigkeit des alten Oesterreich schreiben will, wird auch den Passionsweg des Gedankens einer Wiener Messe nicht vergessen dürfen. Es sind bald 3 Jahrzehnte, dass man sich bemüht, in Wien eine Messe zu schaffen, aber diese gute Idee wurde durch die einzelnen Staatsämter so lange durchgeschleift, bis sie zu Tode geschleift war. Dieses alte Oesterreich hat es nie verstanden, wirksame Gewerbe- oder Industriepolitik zu machen, sondern hat sich dazu hergegeben, die wahnsinnige urische Agrarpolitik zu unterstützen und uns so die Balkanvölker zu Feinden gemacht. So musste auch der österreichische Erzeuger mit seinen Produkten auf die Leipziger Messe gehen und Wiens Gewerbefleiss hat so nicht wenig zum Ansehen dieser Messe beigetragen. Wenn eine Wiener Messe in der Vorkriegszeit wünschenswert war, so ist sie jetzt geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Jetzt eine Musterkollektion zu sammenzustellen und einen Reisenden damit ins Ausland zu entsenden, erfordert jetzt geradezu Riesensummen, die kein Gewerbetreibender mehr aufbringen kann. Die Warennot wird aber wieder ihr Ende finden und auch die Preiskonkurrenz in Erscheinung treten und da ist eine Wiener Messe als grosses Zentralmutterlager mehr als notwendig. Die Vorlage ist also auf das lebhafteste zu begrüssen und ich bin stolz darauf, dass der sogenannte Rumpfstadtrat und dieses Referat vorgelegt hat. Das Messeamt ist eine Sache der Stadt Wien und die Gemeinde muss sich einen entsprechenden Einfluss auf dieses Amt sichern. Es ist auch notwendig, dass das Wiener Gewerbe in dem Messeamt vertreten ist. Da es aber ausser der Industrie und dem Gewerbe noch andere Interessenten gibt, und das sind die Angestellten, so muss auch bei diesen das Interesse gewakt und wach gehalten werden, auch Sie müssen eine entsprechende Vertretung im Messeamt erhalten.

Der heutigen Vorlage müsse in naher Zeit eine andere Vorlage folgen, eine Vorlage, der eine grosszügige finanzielle Unterstützung der Gemeinde Wien beinhaltet. Die Gemeinde muss als Gesellschafter mit einem nicht engherzig gewählten Geschäftsanteile beitreten. Wenn auch ein Defizit nicht ausgeschlossen ist, so kann dies eine Stellungnahme zu dem Projekte nicht ändern. Die goldenen Worte des Bürgermeisters vom 12. November, die er von der Arbeit und dem Fleisse gesprochen hat, müssen in der Messefrage beherzigt werden. Wenn das geschieht, dann wird die Gemeindeverwaltung trotz aller Behauptungen den Beweis liefern, dass sie gewerbefreundlich ist. Die Gemeinde wird auch den Beweis erbracht haben, dass sie für die Gewerbetreibenden genau so sorgt, wie für die arbeitenden Schichten der Bevölkerung. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

GR. Feldmann (National- Dem.) Meint, dass es verlockend wäre, auf die Ausführungen des GR. Plaschkes zurückzukommen. Wenn der gegenwärtige Zeitpunkt für die Messefrage nicht geeignet sei, so bemerke er, dass es sich bei dieser Frage ja auch um die Zukunft handle. Eine solche Frage dürfe nicht politisch aufgebläht werden. Es sei aber auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass im Messeamt jene Männer sitzen, die in enger und steter Verbindung mit dem Gewerbebestande sind. Es ist doch zu hoffen, dass sich die Verhältnisse ändern werden, und da muss Sorge getragen werden, dass die Messefrage möglichst rasche seiner Erledigung zugeführt wird. Und da ist der Weg des Messeamt vielleicht der einzige, auf dem man rascher zum Ziele kommt. Redner begrüsst die Angelegenheit und gibt die Anregung, dass die Vertreter im Messeamt verpflichtet sein sollen, von dem Stande der ganzen Angelegenheit von Fall zu Fall Bericht zu erstatten.